

Gelldorfer fürchten erhöhte Verkehrsbelastung

Obernkirchen soll in Planungen mit einbezogen werden / Hofmann: „Sachlagen frühzeitig ansprechen“ / ASU berät weiter

Der geplante „RegioPort Weser“ bei Cammer, eine Erweiterung des Mindener Hafens im Bereich zwischen der Bundesstraße 482, der Landesgrenze und dem Mittellandkanal, beunruhigt auch die Gelldorfer im Hinblick auf das damit verbundene erhöhte Verkehrsaufkommen in ihrem Ortsteil.

Gelldorf. Ortsbürgermeister Andreas Hofmann machte in der letzten Sitzung des Gelldorfer Ortsrates noch einmal die Sachlage deutlich: Neben den drei Planungsträgern, der Hafen GmbH, der Stadt Minden sowie dem Landkreis Minden-Lübbecke, sind jetzt auch der Landkreis Schaumburg und die Stadt Bückeburg mit in das Projekt eingebunden worden – Obernkirchen bislang noch nicht, da eine unmittelbare Auswirkung auf die Stadt nicht gesehen bzw. nur sekundär betrachtet wurde. Das soll sich jedoch ändern, wenn es nach dem Landkreis geht. Dieser will für die Bergstadt eine Beteiligung an den Bauleitplanungen einfordern.

Durch diese Erweiterung wird der Hafenstandort Minden im Kontext des Wasserstraßen- und Hafennetzes in Nordwestdeutschland erheblich aufgewertet und auch die Wirtschaftsregion Ostwestfalen gestärkt.

Bereits 1999 hat sich der Arbeitskreis K 3-14 mit dem Thema befasst. Zunehmendes Verkehrsaufkommen hat vor allem den Anliegern der beiden Kreisstraßen, von Cammer kommend, über Meinsen, Warber, Tallensen bis hin nach Gelldorf, Sorgen bereitet. Um die Verkehrsbelastung in Cammer zu senken, plant das Bauamt Bückeburg jetzt an der Auf- und Abfahrt zur B 482 umleitende Maßnahmen.

Er begrüße es sehr, dass die Stadt Obernkirchen in die Bauleitplanungen mit einbezogen werde und auch das zusätzliche Verkehrsaufkommen berücksichtigt werden soll, erklärte Andreas Hofmann. Denn Sachlagen frühzeitig anzusprechen halte er für sinnvoll, um mögliche Irritationen – sowohl auf Planer-, als auch auf Anliegerseite – zu vermeiden. Nicht ganz so dramatisch schätzt Bernhard Gläser (SPD) die auf Gelldorf zukommende Situation ein: Laut Straßenverkehrsordnung sei die B 65 für über 12 Tonnen schwere LKW ohnehin verboten, erläuterte er. Somit erübrige sich das Problem. „Ich bin natürlich dafür, dass etwas gemacht wird, aber die Gesetzeslage verbietet es sowieso.“

Im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt soll das Thema jetzt vertieft werden. clb